

Informationsfreiheit und Informationsrecht. Jahrbuch 2008.

Hrsg. von *Alexander Dix, Gregor Franßen, Michael Kloepfer, Peter Schaar, Friedrich Schoch* und der Deutschen Gesellschaft für Informationsfreiheit. - Berlin, Lexxion 2008. VIII, 278 S., kart. Euro 68,-. ISBN: 978-3-939804-52-9.

Seit dem 1.1. 2006 ist das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes in Kraft, eine für deutsche Verhältnisse noch junge Rechtsmaterie. Lediglich vier Bundesländer hatten bis dahin eigene Informationsfreiheitsgesetze und bis heute verfügen noch nicht alle Gliedstaaten der Bundesrepublik über entsprechende Regelwerke. In seinem Vorwort zum ersten Jahrbuch Informationsfreiheit und Informationsrecht verweist der Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, *Peter Schaar*, darauf, dass Informationsfreiheit nur dann auch in Deutschland dauerhaft zu einer Erfolgsgeschichte werden könne, wenn sie im Bewusstsein der Menschen verankert ist und einen festen Platz in der öffentlichen, politischen und auch rechtswissenschaftlichen Diskussion findet. Hierzu möchte das hier vorgestellte Jahrbuch einen Beitrag leisten.

Eingeleitet wird das Jahrbuch 2008 mit einem Beitrag von *Peter Schaar* und *Michaela Schulze* zu ersten Erfahrungen mit dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes (IFG). Als Problemfelder werden der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, dem auch ein Beitrag von *Thomas Hoeren* gewidmet ist, und der Schutz von besonderen öffentlichen Belangen sowie die Kreation neuer ungeschriebener Ausnahmetatbestände durch Behörden etwa in Gestalt eines unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwands und der Schutz des so genannten Kernbereichs der exekutiven Eigenverantwortung, der nach der Rechtsprechung des *BVerfG* selbst von Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen nicht ausforschbar sei (vgl. *BVerfGE* 67, 100 [139] = *NJW* 1984, 2271 - *Flick*-Untersuchungsausschuss), benannt. Es folgen Fallstudien u. a. zur Nennung der Sponsoren von Bundesbehörden, der Empfänger von Agrarsubventionen und zum Zugang zu Informationen über den Vertrag mit dem Konsortium Toll Collect.

Stefan Ulrich Pieper widmet sich der Frage, ob und in welchen Fällen gegenüber dem Bundespräsidenten und dem Bundespräsidialamt Auskunftsbegehren nach dem IFG geltend gemacht werden können. Er kommt zu dem Ergebnis, dass in der Regel entsprechende Informationsansprüche vom IFG nicht verbürgt sind. *Moritz Karg* und *Sven Potenz* befassen sich mit dem europarechtlich vorgegebenen Zugang der Öffentlichkeit zu Geodatenbanken und -diensten sowie zu Umweltinformationen. *Friedhelm Hufen* erörtert offene Verfassungsfragen im Zusammenhang mit Informationsansprüchen nach dem Verbraucherinformationsgesetz (VIG). Ergänzt wird dies durch eine Abhandlung *Christian Tillmanns* zu Informationspflichten von Lebensmittel- und Arzneimittelherstellern. Mit der Besprechung des Beschlusses des *BVerfG* zum Verhältnis von Informationszugangsrecht und In-camera-Verfahren gem. § 99 I VwGO von *Sven Berger* wird eine für gerichtliche Verfahren auf Zugang zu Informationen nach dem IFG äußerst praxisrelevante Frage angesprochen, die eines besonderen Augenmerks bedarf. Die weiteren Beiträge zu bestimmten Detailfragen und zur Rechtslage und -praxis in anderen Staaten (USA, Schweiz) sowie zum Informationszugangsrecht nach dem Eigenrecht der EU runden die Palette der noch offenen vielfältigen Fragen zum Recht auf Informationsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland ab.

Auf das Jahrbuch 2009, das sich u. a. mit der Rechtsprechung zum Umweltinformationsrecht und zu einigen Landes-IFG, mit Informationsfreiheit und Stasi-Unterlagen sowie mit der Frage Verfassungsschutz durch Information der Öffentlichkeit und schließlich mit Praxisproblemen bei der Umsetzung des VIG befassen wird, darf man schon jetzt gespannt sein.

Vors. Richter am VG Dr. Bertold Huber, Frankfurt a. M.